

Internationale Konferenz

“In the Maelstrom of Crises – European Solidarity under Pressure”

29. und 30. Juni 2017, Festsaal 1, WU Wien

von Peter Thalmann

Das *Institut für Europarecht und Internationales Recht der WU* veranstaltete am 29. und 30. Juni 2017 gemeinsam mit der *European Community Studies Association (ECSA Austria)*, dem *Salzburg Centre for EU Studies (SCEUS)* sowie der *Universität Innsbruck* eine hochkarätig besetzte interdisziplinäre wissenschaftliche Konferenz, in deren Rahmen der in mehrerlei Hinsicht krisenhafte Zustand der Europäischen Union in den Blick genommen werden sollte. Die Konferenz fand im Festsaal 1 der WU statt und stand unter dem Titel „In the Maelstrom of Crises – European Solidarity under Pressure“.



Die Veranstaltung war der finale Teil einer Serie von insgesamt vier Tagungen, die sich des Themas bereits unter konkreter Bezugnahme auf die Migrationskrise, die Wirtschafts- und Finanzkrise sowie auf Fragen der äußeren und inneren Sicherheit im Raum ohne Binnengrenzen angenommen hatten. Die nunmehrige vierte und letzte Tagung sollte den Schlussstein der Veranstaltungsreihe bilden und gleichsam dem gemeinsamen Nenner der unterschiedlichen (Solidaritäts-)Krisen auf den Grund gehen – dem in Frage gestellten Nutzen einer immer weitergehenden Integration aus Sicht mancher Mitgliedstaaten und der brüchig gewordenen Legitimität der Europäischen Union insgesamt.

Den Veranstaltern ist es gelungen, eine Reihe international führender Expertinnen und Experten für die Tagung zu gewinnen. Die insgesamt zwölf Vorträge fanden im Rahmen von sechs Panels statt.



Die ersten beiden Panels widmeten sich der eben umrissenen Problematik aus Sicht unterschiedlicher Mitgliedstaaten bzw. Regionen Europas mit jeweils unterschiedlichen Vorstellungen über Sinn und Zweck der Integration. Zur Sprache kamen die Sichtweise Österreichs und Deutschlands (*Sonja Puntischer Riekmann*, Universität Salzburg), der skandinavischen Staaten (*Ulla Neergard*,

Københavns Universitet), Zentral- und Osteuropas (*Adam Łazowski*, University of Westminster) sowie Südeuropas (*Ana Mar Fernández Pasarín*, Universität Autònoma de Barcelona).

Drei weiteren Panels war die Aufgabe übertragen, Auswege aus der Legitimitätskrise aufzuzeigen. Zunächst wurden im dritten Panel politische und ökonomische Aspekte einer differenzierten oder auch flexiblen Integration umrissen (aus politikwissenschaftlicher Sicht *Barbara Lippert*, SWP Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin; aus ökonomischer Sicht *Iain Begg*, London School of Economics).



Das vierte Panel sollte möglichen Lösungswegen im Rahmen des bestehenden Systems und im Besonderen der Frage nachgehen, ob nicht gerade die konsequente Anwendung des geltenden Unionsrechts das Potenzial in sich trägt, entscheidend zur Legitimation der Europäischen Union beizutragen (*Matthias Rossi*, Universität Augsburg; *Andreas Kumin*, BMEIA und Universität Graz). Im fünften Panel ging es schließlich um die Zweckmäßigkeit und Machbarkeit einer Änderung der Gründungsverträge der Europäischen Union (*Andreas Maurer*, Universität Innsbruck).



Das sechste und letzte Panel bestand aus zwei Referaten und einer anschließenden Diskussion über ebenso grundlegende wie aktuelle rechtliche und politische Aspekte des angekündigten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (*Paul Craig*, University of Oxford; *Gregor Schusterschitz*, BMEIA; *Stefan Griller*, Universität Salzburg).

Im Anschluss an das sechste Panel wurde *Stefan Griller* ein vor kurzem erschienener Sammelband überreicht, in dem die Ergebnisse einer 2016 anlässlich seines 60. Geburtstags veranstalteten wissenschaftlichen Tagung zum Themenkreis „Rechtstheorie und Europarecht“ dargestellt sind. Als Laudatoren fungierten Vizerektor *Harald Badinger* sowie *Erich Vranes* als Vorstand des Instituts für Europarecht und Internationales Recht der WU.

Die Ergebnisse der nunmehrigen Konferenz werden als Beiheft der im deutschsprachigen Raum führenden Zeitschrift *Europarecht* bzw. der in Wien erscheinenden Zeitschrift für öffentliches Recht einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.